

Evangelische Volkspartei des Kantons Zürich

Peter Reinhard, Geschäftsführer

Josefstrasse 32, 8005 Zürich

Tel. +41 (0)44 271 43 02

Fax + 41 (0)44 271 43 03

Mobile + 41 (0)79 402 38 82

Skype: peterreinhard.ch

sekretariat@evpzh.ch

www.evpzh.ch

Frau Regierungsrätin

Dr. Regina Aeppli

Bildungsdirektion des Kantons Zürich

Hochschulamt

Walcheplatz 2

8090 Zürich

Regina.aeppli@bi.zh.ch

Zürich, 4. Oktober 2014/ha/pr

Vernehmlassung

Studiengänge für Quereinsteiger für die Primar- und Sekundarstufe

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin, liebe Regina

Gerne senden wir Ihnen die Stellungnahme der EVP des Kantons Zürich zur erwähnten Vernehmlassung zu. Diese wurde von der EVP-Kommission Bildung und Kultur unter Leitung von alt-Bildungsrat und alt Kantonsrat Hanspeter Amstutz erarbeitet und von der Parteileitung verabschiedet. Da auf der Vernehmlassungseinladung keine E-Mail-Adresse aufgeführt war, erlauben wir uns, Ihnen die Stellungnahme direkt zuzustellen und verzichten auf eine Postzustellung.

Ein fortschrittliches Gesetz mit drei Defiziten

Die EVP begrüsst ein reguläres Studienangebot für Quereinsteigende

Ohne die Durchführung von Quereinsteigerkursen würde der Lehrermangel heute ein erhebliches Ausmass erreichen und der Schulqualität empfindlichen Schaden zufügen. Da aufgrund der steigenden Schülerzahlen und der oft sehr kurzen Verweildauer vieler ausgebildeter Lehrpersonen im Schuldienst nicht mit einer baldigen Entspannung der Situation zu rechnen ist, bleibt die Volksschule auf Quereinsteigende angewiesen. Die Überführung der Kurse für Quereinsteigende in ein reguläres Studienangebot begrüsst die EVP daher ausdrücklich.

Die gesetzlichen Bestimmungen für Quereinsteigende einerseits und die Weiterbildung von Primarlehrpersonen für ein Masterdiplom der Sekundarschule andererseits erachten wir als wegweisende Elemente eines durchlässigen Weiterbildungskonzepts. Mit der Festsetzung des Mindestalters auf 30 Jahre bauen die neuen Studiengänge auf die Berufs- und Lebenserfahrung der Studierenden auf, was die Ausbildung effizienter machen dürfte. Wir begrüssen auch, dass die in andern Ausbildungen erworbenen Kompetenzen im Umfang von maximal 60 ECTS-Punkten angerechnet werden können. Der grössere Teil der übrigen Anpassungen ist zweckmässig und wohl unbestritten. Zwei wichtige Punkte aber sind nicht befriedigend gelöst und ein dritter müsste noch präzisiert werden. In den folgenden Abschnitten treten wir in auf diese drei Defizite ein.

Berufseinführende Begleitung durch kompetente Lehrpersonen gesetzlich regeln

Quereinsteigende Personen sind mit ihren meist hohen fachlichen Qualifikationen und ihren ausserschulischen Erfahrungen in der Regel ein Gewinn für die Schulteams. Sie bringen lebenspraktisches und fachliches Wissen in die Schulen, was in einzelnen Fächern zu einer Bereicherung des Unterrichts führen kann.

Das gewählte Konzept mit dem einführenden Basisstudium und dem berufsbegleitenden Studium hat sich im Grossen und Ganzen bewährt. Dennoch bleibt der Einstieg in die Unterrichtstätigkeit meist eine erhebliche Herausforderung. Der Wechsel von der Berufswelt in die Welt der Kinder und Jugendlichen gelingt nicht allen Quereinsteigenden gleich gut.

Quereinsteigende Personen benötigen in der Regel unterrichtspraktische Unterstützung durch erfahrene und kompetente Lehrpersonen im Schulhaus. Diese zeitaufwändige und anspruchsvolle Begleitung ist unserer Auffassung nach ein Teil der gesamten Ausbildung für Quereinsteigende und sollte im Gesetz über die Pädagogische Hochschule (PHG) geregelt werden. Das Fehlen einer entsprechenden Regelung im PHG erachten wir als Mangel.

Wir fordern eine gesetzliche Regelung für eine qualifizierte Berufseinführung der Quereinsteigenden durch kompetente Lehrpersonen vor Ort.

Gesetzliche Bestimmungen für eine breitere Ausbildung schaffen

Das neue Ausbildungskonzept mit vier oder gar nur drei Fächern entspricht nicht den Anforderungen an Klassenlehrkräfte in der Schulpraxis. Es ist schon erstaunlich, dass ein Ausbildungskonzept mit schmalere Fächerpalette vorgeschlagen wird, obwohl die moderne Pädagogik für die meisten Stufen genau das Gegenteil für richtig erachtet. Das vorgeschlagene Studienmodell ist eher auf die Ausbildung von Fachlehrpersonen als auf Klassenlehrkräfte zugeschnitten.

Für Lehrpersonen, die in einem Fach besonders stark sind und dieses an mehreren Klassen unterrichten möchten, macht eine Konzentration auf das Studium von nur drei Fächern durchaus Sinn. Solche Lehrpersonen können in einem Schulteam wertvolle Impulse setzen und qualitativ einen guten Unterricht bieten. Aber für das Rückgrat der Volksschule braucht es in erster Linie Klassenlehrpersonen mit einem breiten Ausbildungsprofil.

Quereinsteigende besser auf die Klassenlehrerfunktion vorbereiten

Der Lehrermangel manifestiert sich in unterschiedlichen Ausprägungen. Gesucht sind vor allem Lehrpersonen, welche die Verantwortung für eine Klasse übernehmen wollen und einen grossen Teil der Fächer unterrichten können. Dies gilt in hohem Mass für die Primarschule und für Abteilungen der Oberstufe mit grundlegenden Anforderungen, wo erfahrungsgemäss ein Unterricht mit mehrstündigen Unterrichtsblöcken die besten Voraussetzungen für tragfähige pädagogische Beziehungen schafft.

Quereinsteigerausbildungen sollten so konzipiert sein, dass sie die Bedürfnisse der Schulpraxis möglichst erfüllen können. Fachlehrpersonen mit einer schmalen Unterrichtsberechtigung sind leichter zu finden als breit ausgebildete Klassenlehrpersonen. Das neue Konzept entspricht der zentralen Forderung nach einer Aufwertung der Funktion der Klassenlehrpersonen in keiner Weise.

Erwünscht sind präzisere Bestimmungen, um die Ausbildung besser auf die Anforderungsstufen der Sekundarschule ausrichten zu können

Bei den Primarlehrkräften, die ein Masterdiplom für die Oberstufe erwerben möchten, sind die didaktischen Vorbedingungen besonders günstig, um in mehreren Fächern eine Unterrichtsbe-rechtigung für die Sekundarschule B und C zu erhalten. Da gerade an diesen Anforderungs-stufen der grösste Mangel an qualifizierten Lehrpersonen besteht, müsste hier eine praxisnä-here Lösung gefunden werden. Solange aber an den Pädagogischen Hochschulen streng dog-matisch an einem Konzept mit vertikal einsetzbaren Sekundarlehrpersonen für alle Anforde-rungsstufen festgehalten wird, haftet den konsekutiven Masterlehrgängen mit ihrem zu wenig praxisbezogenen Konzept ein erheblicher Mangel an.

Es liegt wohl eher an den Vorgaben der EDK und weniger an den gesetzlichen Bestimmungen im PHG, dass keine Anstalten getroffen werden, um das erwähnte konzeptionelle Defizit zu beheben. Der Gesetzestext lässt unserer Meinung nach aber durchaus Spielraum, um die Se-kundarlehrerbildung differenzierter nach den Anforderungsstufen auszurichten. In § 17 Absatz 2 wird ausdrücklich festgehalten, dass das Diplomstudium die verschiedenen Anforderungs-stufen berücksichtigen müsse.

Die gesetzliche Formulierung bleibt aber insofern etwas wage, als spezifische Aus-bildungen für die unterschiedlichen Anforderungsstufen nicht ausdrücklich als Op-tion erwähnt werden. Eine praxisnahe Regelung im Hinblick auf eine bessere Aus-richtung der Ausbildung auf die Bedürfnisse der Schulen wäre eine bemerkenswerte Pionierleistung, die auf grosses Verständnis zählen dürfte.

Das bisherige Zürcher Ausbildungskonzept mit breiterer Fächerpalette wirkt dem Pensensplitting besser entgegen

Der Regierungsrat beruft sich bei seinem Entscheid für eine schmalere Ausbildung auf die an-gestrebte Schweizerische Anerkennung der Lehrerdiplo-me. Der Nachteil einer eingeschränk-ten schweizweiten Lehrberechtigung für Ausgebildete nach dem bisherigen Zürcher Modell wird dabei als höher gewichtet als die Anforderungen der Schulpraxis. Unserer Auffassung nach ist es bedauerlich, dass die flexiblere Zürcher Regelung mit der Möglichkeit der Ausbil-dung in einem fünften Fachbereich fallen gelassen wurde. Damit wird die Ausbildung für Pri-marlehrpersonen und für Sekundarlehrer mit künftiger Unterrichtstätigkeit auf den einfache-ren Anforderungsstufen akademischer, aber weniger praxisnah ausgerichtet.

Diese fragwürdige Akademisierung führt dazu, dass die von allen Seiten geforderte Eindäm-mung des Pensensplittings kaum gelingen dürfte. Wir sind der Auffassung, dass der spezifi-sche Lehrermangel im Kanton Zürich es rechtfertigt, das Zürcher Modell trotz fehlender schweizweiter Anerkennung weiterzuführen und praxisnah auszubauen. In verschiedenen Kantonen gilt der Zürcher Weg durchaus als vernünftige Lösung. Es darf damit gerechnet werden, dass das praxisnähere Konzept mit dem erweiterten Fächerprofil auch in andern Kan-tonen Anklang findet und Zürich nicht mehr isoliert dasteht.

Die EVP fordert deshalb, dass die Anzahl der Studienfächer flexibler geregelt wird und die Unterrichtsberechtigung für die Primarschule und die Sekundarschule B und C auf weitere Fächer erweitert werden kann. Eine Beschränkung auf höchstens drei respektive vier Fächer lehnen wir ab.

Gerne hoffen wir, dass unsere Anträge und Anregungen in der weiteren Arbeit Eingang finden werden. Die Weiterentwicklung werden wir aufmerksam und mit Interesse mit verfolgen und danken für wohlwollende Prüfung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Evangelische Volkspartei (EVP) des Kantons Zürich

Der Präsident

Der Geschäftsführer

The image shows two handwritten signatures in blue ink. The signature on the left is 'J. Zollinger' and the signature on the right is 'Peter Reinhard'. Both are written in a cursive, flowing style.

Johannes Zollinger
Kantonsrat

Peter Reinhard
Kantonsrat